

INHALT

- | | |
|---|--|
| 27. Volksanwaltschaft – Präventive Menschenrechtskontrolle in Tiroler Einrichtungen | 30. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juli 2015 |
| 28. Information über die Anmeldung von Bedarfszuweisungswünschen | 31. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juli 2015 |
| 29. Abwicklung von Anträgen auf Auszahlung von Bedarfszuweisungen in der Gemeindeanwendung/Portal Tirol | <i>Verbraucherpreisindex für Mai 2015 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

27.

Volksanwaltschaft – Präventive Menschenrechtskontrolle in Tiroler Einrichtungen

Die Novelle BGBl. I 2012/1 bedeutete eine große Ausweitung der Kompetenzen der Volksanwaltschaft um Befugnisse im Bereich des Schutzes und der Förderung von Menschenrechten. Dies war notwendig, um konkreten völkerrechtlichen Vorgaben (OPCAT, UN-Behindertenrechtskonvention) zu entsprechen und ist Ausdruck eines gesamteuropäischen Trends der letzten Jahre. Dieser schlägt sich gerade darin nieder, etablierte Ombudsleute nicht nur mit der Bearbeitung von Individualbeschwerden sondern auch mit Aufgaben des außergerichtlichen Menschenrechtsschutzes zu betrauen. Die Volksanwaltschaft ist mit ihren sechs Expertenkommissionen daher als Nationaler Präventionsmechanismus seit Juli 2012 dazu berufen, alle Einrichtungen zu überprüfen, in denen die persönliche Freiheit von Menschen potentiell beschränkt wird oder beschränkt werden kann („Orte der Freiheitsentziehung“). Nach Art. 148a Abs. 3 Z. 3 B-VG, welcher die Umsetzung von Art. 16 Abs. 3 der UN-Behindertenrechtskonvention bedeutet, können auch alle für Menschen mit Behinderungen bestimmte Einrichtungen und Programme überprüft werden.

Den Ländern hat der Bundesverfassungsgesetzgeber die Möglichkeit eingeräumt, für diese Aufgabe entweder die Volksanwaltschaft des Bundes für zuständig zu erklären oder eine eigene Stelle einzurichten, welche den Schutz und die Förderung der Menschenrechte gemäß Art. 148a Abs. 3 B-VG verfolgt. Einzig Vorarlberg hat seine schon bestehende Volksanwaltschaft zur Wahrnehmung dieser Aufgaben ermächtigt, die restlichen Bundesländer optier-

ten allesamt für die Möglichkeit, die Volksanwaltschaft dafür für zuständig zu erklären.

Dieser Kontrolle unterliegen demnach auch in Tirol neben Strafanstalten und Einrichtungen der Polizei alle öffentlichen und privaten Einrichtungen, die in den Anwendungsbereich des HeimAufG oder des UbG fallen. Für diese Orte der Freiheitsentziehung besteht für die Volksanwaltschaft gemäß Art. 148a Abs. 3 Z. 1 B-VG ein Besuchs- und Überprüfungsrecht, und zwar ganz unabhängig davon, ob eine Beschwerde vorliegt. Das Besuchs- und Überprüfungsrecht ist nicht anlassbezogen konzipiert, sodass Institutionen ohne Verdacht auf ein Fehlverhalten routinemäßig und in der Regel unangekündigt überprüft werden können. Unter das Mandat fallen:

- Alten- und Pflegeheime,
- Tagesbetreuungseinrichtungen, z. B. Tagesheimstätten,
- Behindertenheime,
- nichtstationäre Einrichtungen der Behindertenhilfe, z. B. Behindertenwerkstätten,
- Krankenanstalten und Abteilungen für Psychiatrie (hier gilt nur das UbG),
- andere Krankenanstalten (hier gilt nur das HeimAufG),
- andere Einrichtungen, in denen wenigstens drei psychisch kranke oder geistig behinderte Menschen ständig betreut oder gepflegt werden können,
- sozialpädagogische Einrichtungen.

In allen diesen Einrichtungen arbeiten Menschen, die das im Bewusstsein machen, unterstützungsbedürftigen Personen fachliche Hilfe bei der Bewältigung von alltäg-

lichen Schwierigkeiten zu leisten. Dafür schulden wir ihnen gesellschaftliche Anerkennung. Dass es aber durch negative strukturelle Bedingungen oder unzureichende organisatorische Maßnahmen auch in der Pädagogik, der Pflege und ärztlichen Leistungen zu Menschenrechtsverletzungen kommen kann, soll nicht übersehen werden. Daher achten Kommissionen z. B. darauf, ob geeignete Maßnahmen getroffen werden, damit es nicht zu unnötigen Freiheitsbeschränkungen oder Verletzungen der Privatsphäre oder Vernachlässigungen kommt, keine (strukturelle) Gewalt ausgeübt wird und erniedrigende, menschenunwürdige oder gesundheitsschädigende Behandlungen unterbleiben. Erhoben werden daher auch Betreuungspläne, die Personalsituation sowie das Beschwerdemanagement. Überprüft werden u. a. weiters die Lage, Baustruktur und bauliche Ausstattung der Einrichtung sowie die Lebens- und Aufenthaltsbedingungen.

Für die Erfüllung ihrer Aufgaben sind der Volksanwaltschaft und ihren Kommissionen alle notwendigen Auskünfte zu erteilen und Einsicht in alle Unterlagen zu gewähren. Die Kommissionsmitglieder haben Zutritt zu sämtlichen Anlagen von Orten einer Freiheitsentziehung und können vertrauliche Gespräche mit Bewohnerinnen und Bewohnern, deren Angehörigen und dem Personal füh-

ren (§ 11 Abs. 3 VolksanwG). Niemand darf wegen der Erteilung von Auskünften an die VA und ihre Kommissionen mit Sanktionen belegt oder anders benachteiligt werden (§ 18 VolksanwG).

Alle Organe des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sind verpflichtet, die VA und ihre Kommissionen bei der Besorgung der Aufgaben zu unterstützen, ihnen Akteneinsicht zu gewähren und auf Verlangen erforderliche Auskünfte zu erteilen (Art. 148b Abs. 1 B-VG). Gegenüber der VA und ihren Kommissionen besteht keine Amtsverschwiegenheit (Art. 148b Abs. 1 B-VG). Mittlerweile haben sich die Klubobleute des Tiroler Landtages einhellig verständigt, dass die Mitglieder der Volksanwaltschaft regelmäßig berechtigt sein sollen, zur Erörterung ihrer Wahrnehmungen an Sitzungen des zuständigen Ausschusses im Landtag teilzunehmen.

Nähere Informationen finden Sie unter <http://volksanwaltschaft.gv.at/praeventive-menschenrechtskontrolle>.

Die für Tirol zuständige Kommission 1 wird von Univ.-Prof. Dr. Verena Murschetz geleitet und ist unter der E-Mail-Adresse kommision1@volksanwaltschaft.gv.at erreichbar.

Dr. Heidi PACHER
Leiterin des Geschäftsbereichs
von Volksanwalt Dr. Günther Kräuter

28.

Information über die Anmeldung von Bedarfszuweisungswünschen

Anträge

Anträge auf Gewährung von Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds können nur Gemeinden und Gemeindeverbände stellen.

Die Bedarfszuweisungen sind im Portal Tirol in der Gemeindeanwendung zu beantragen.

Als Grundlage eines Bedarfszuweisungsantrages hat die Gemeinde ein Vorhaben anzulegen.

Als Nachfolger zu einem Vorhaben wird ein Bedarfszuweisungsantrag (BDZW Antrag, BDZW Antrag-V, Feuerwehr BDZW Antrag) angelegt. Dabei werden die im Vorhaben bereits erfassten Daten des Allgemeinen Teils und des Haushaltsteils automatisch übernommen.

Im Bedarfszuweisungsantrag ist im Bereich Zuschüsse der von der Gemeinde beantragte Bedarfszuweisungsbeitrag anzugeben. Bei Vorhaben, deren Ausführung sich über mehrere Jahre erstreckt, sind die Zuschüsse für den gesamten Zeitraum (alle Jahre) zu erfassen. Bei mehrjährigen Zusagen ist eine jährliche Antragstellung nicht notwendig.

Bedarfszuweisungsanträge sollen nur für jene Vorhaben gestellt werden, deren Umsetzung auch tatsächlich im nächsten Jahr realistisch erscheint.

Beim **Vorhaben/Antrag** ist im Feld „**Beschreibung**“ Folgendes anzugeben:

- **konkrete Beschreibung** des Vorhabens,
- **Darlegung (Begründung) der Notwendigkeit** der Umsetzung des Vorhabens unter Berücksichtigung der Dringlichkeit und allfälliger Schwerpunktsetzungen der Gemeinde und
- **gegebenenfalls gemeindeübergreifende oder regionale Auswirkungen** des Vorhabens.

Nähere Erläuterungen, wie Kostenvoranschläge, Berechnungen über Folgekosten, Raum- und Funktionsprogramme, die auch eine sinnvolle Mehrfachnutzung erkennen lassen, sollen unter Mitteilungen angeschlossen werden.

Die Bedarfszuweisungsanträge sind, wie im Arbeitsablauf vorgesehen, über den/die BürgermeisterIn an die zuständige Bezirkshauptmannschaft weiterzuleiten.

Antragsfristen

Anträge für das folgende Haushaltsjahr und spätere Haushaltsjahre sind längstens bis **Freitag, den 18. September 2015**, einzubringen.

Die Anträge in der Gemeindeanwendung sind grundsätzlich vor Beginn der Ausführung des Vorhabens einzubringen.

Prüfung der Anträge

Die Prüfung der Anträge obliegt der Bezirkshauptmannschaft im Einvernehmen mit der Abteilung Gemeinden und dem Büro des Gemeindereferenten der Tiroler Landesregierung.

Primär ist zu prüfen, ob und inwieweit für die Finanzierung des Vorhabens eine Bedeckung aus dem ordentlichen Haushalt, eine Entnahme von Rücklagen, eine Fremdfinanzierung, ein verlorener Zuschuss von dritter Seite oder dergleichen in Frage kommt. Bei der Prüfung der Dringlichkeit ist erforderlichenfalls eine Reihung vergleichbarer Vorhaben im Bezirk vorzunehmen. Dabei ist nach objektiven und nachvollziehbaren Maßstäben vorzugehen. Bei der Prüfung der Bedürftigkeit ist in erster Linie von der möglichen Finanzausstattung bei Ausschöpfung aller zumutbaren Einnahmequellen auszugehen.

Die Gemeinden/Gemeindeverbände sind verpflichtet, einschlägige Fragen der Bezirkshauptmannschaft bzw. der Abteilung Gemeinden unverzüglich zu beantworten.

Das Ergebnis der Prüfung wird den BürgermeisterInnen – wie im Vorjahr mit der Möglichkeit eines persönlichen Gesprächstermins mit Herrn Landesrat – schriftlich mitgeteilt.

Entscheidung und Zusicherung

Der Gemeindereferent sichert anschließend der Gemeinde/dem Gemeindeverband die Bedarfszuweisungen schriftlich zu. In der Zusicherung werden die Gemeinde/der Gemeindeverband, das Haushaltsjahr, der Zweck und die Höhe der Bedarfszuweisung bestimmt. In die Zusicherung werden allenfalls erforderliche Bedingungen aufgenommen. Die Zusicherung kann aus wichtigen Gründen widerrufen werden.

Die Zusicherung stellt in ihrer rechtlichen Qualität eine Verwendungszusage dar, die die Gemeinde/den Gemeindeverband in die Lage versetzen soll, mit der weiteren Planung des Vorhabens fortzufahren bzw. mit der Ausführung des Vorhabens zu beginnen. **Für die Finanzplanung des Gemeindeausgleichsfonds ist es erforderlich, dass schriftliche Zusagen unverzüglich in der Gemeindeanwendung erfasst werden.**

Zeitverzögerungen bei der Abwicklung von Vorhaben, welche die Auszahlung einer zugesagten Bedarfszuweisung um ein bzw. mehrere Jahre verschieben, müssen der Bezirkshauptmannschaft umgehend bekannt gegeben werden. Eine „automatische“ Übertragung der zugesagten Förderung erfolgt nicht.

29.

Abwicklung von Anträgen auf Auszahlung von Bedarfszuweisungen in der Gemeindeanwendung/Portal Tirol

Ausgangslage:

Der Landesrechnungshof hat in seinem Bericht über die Sonderprüfung der Mittel des Gemeindeausgleichsfonds vom Sommer 2014 folgende Empfehlung gemäß Art. 69 der Tiroler Landesordnung ausgesprochen:

„Der LRH empfiehlt daher, dass im Sinne des § 13 F-VG zur effizienteren Kontrolle der Verwendung der BZW Zahlungsnachweise in Form von Rechnungen in der dafür vorgesehenen Gemeindeanwendung (Portal Tirol) eingepflegt werden. Allfällige Auszüge aus Gemeindebuchhaltungen können nach Ansicht des LRH den Nachweis mittels Rechnungen nicht ersetzen.“

Unter Berücksichtigung dieser Empfehlung des LRH wie auch der bisherigen Praxis bei der Auszahlung der Bedarfszuweisungen, durch welche bereits bisher die widmungsgemäße Verwendung der Bedarfszuweisungsmittel

sichergestellt war, wird die Ablauforganisation wie folgt festgelegt:

Die Auszahlung der seitens des Gemeindereferenten schriftlich zugesagten Bedarfszuweisungen erfolgt zu den vierteljährlichen Auszahlungsterminen, im Regelfall Ende März, Ende Juni, Ende September und Anfang Dezember. Diese Termine werden seitens der Abteilung Gemeinden mit dem Gemeindereferenten abgestimmt und den Gemeinden und Bezirkshauptmannschaften rechtzeitig bekannt gegeben.

Zur Auszahlung von schriftlich zugesagten Bedarfszuweisungen sind diese **von der Gemeinde** in der Gemeindeanwendung im Portal Tirol (GA) mittels „Auszahlungsantrag“ zu **beantragen** und in der Rubrik „Mitteilungen“ mit einem **auszahlungsbegründenden Nachweis zu dokumentieren**.

Taugliche **auszahlungsbegründende Nachweise sind:**

a) Rechnungen: Dies kommt vor allem bei Einzelvorhaben wie Ankauf eines Kommunalfahrzeuges oder Asphaltierung von Gemeindestraßen in Betracht. Diese Nachweise sind **von den Gemeinden** in die Gemeindeanwendung zu implementieren.

b) Auszüge aus der Gemeindebuchhaltung (Kontoblätter): Diese sind als Nachweis, insbesondere bei Bauvorhaben zweckdienlich, da hier aufgrund des Umfangs des Vorhabens bzw. der Mehrzahl oder Vielzahl von Rechnungen eine Implementierung jeder Einzelrechnung in die Gemeindeanwendung mit einem unvermeidbaren Verwaltungsaufwand für die Gemeinden verbunden und für Prüfungszwecke nur bedingt geeignet wäre.

Aus dem jeweiligen Kontoblatt ist der zusammengefasste Überblick über die Verbuchung der Rechnungen und Zahlungen (Soll-Buchung = Rechnung und Ist-Buchung = Zahlung) ersichtlich. Außerdem handelt es sich bei diesen Kontoblättern um Dokumente aus der Buchhaltung der Gemeinde, welche nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften wie Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 1997 – VRV 1997, Tiroler Gemeindeordnung 2001 und Gemeindehaushaltsverordnung 2012 zu erstellen sind. Zentraler Grundsatz dabei ist, dass keine Buchung ohne Beleg erfolgen darf; den Buchungen liegen somit Rechnungen und Zahlungsnachweise zugrunde.

c) Weiters Angebote mit Auftrags- bzw. Bestellbestätigungen, Kaufverträge, etc.

Diese können als Nachweise anerkannt werden, wenn die entsprechende **Zahlungsverpflichtung im zeitlichen Zusammenhang** mit der jeweiligen Auszahlung steht. Diese Nachweise kommen insbesondere dann in Betracht, wenn aufgrund der lediglich vierteljährlichen Auszah-

lungstermine der Bedarfszuweisungen die Gemeinden eine Zwischenfinanzierung aufnehmen müssten. Nach Vorliegen der Rechnung bzw. bei entsprechender Verbuchung in der Gemeindebuchhaltung ist der Nachweis in sinnvoller Anwendung der lit. a oder lit. b in der Gemeindeanwendung durch die Gemeinde zu dokumentieren und von der BH zu überprüfen.

Der **Auszahlungsantrag** ist seitens der Gemeinden an die jeweils zuständige Bezirkshauptmannschaft (BH) weiterzuleiten. Die BH prüft den Antrag im Hinblick auf die widmungsgemäße Verwendung der Mittel und fordert nach Maßgabe der Dringlichkeit, des Bedarfes und der vorhandenen Mittel die vom Gemeindereferenten zugesicherten Bedarfszuweisungen bei der Abteilung Gemeinden des Amtes der Tiroler Landesregierung zur Auszahlung an.

Die Abteilung Gemeinden erstellt im Einvernehmen mit dem Gemeindereferenten den Regierungsantrag über die Gewährung der Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds. Die Landesregierung entscheidet darüber in kollegialer Beschlussfassung. Die Abteilung Gemeinden zahlt die mit Regierungsbeschluss gewährten Bedarfszuweisungen direkt an die Gemeinden aus.

Diese Ausführungen gelten sinngemäß auch für Gemeindeverbände.

Bei Fragen zur Handhabung der Portalanwendung stehen die MitarbeiterInnen der Gemeindereferate der Bezirkshauptmannschaften oder der Abteilung Gemeinden beim Amt der Tiroler Landesregierung zur Verfügung. Nähere Erläuterungen zur Handhabung der Portalanwendung finden sich in der Anwendung und als Download in der Wissensdatenbank (WIKI) unter „Gemeindeanwendung Land Tirol“.

30.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juli 2015

| Ertragsanteile an | Juli | | Änderung | |
|--|-------------------|-------------------|------------------|-------------|
| | 2014 | 2015 | in Euro | in % |
| EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN: | | | | |
| Veranlagter Einkommensteuer | 8.037.978 | 8.576.214 | 538.236 | 6,70 |
| Lohnsteuer | 20.134.666 | 20.185.989 | 51.323 | 0,25 |
| Kapitalertragsteuer | 2.552.330 | 1.620.372 | -931.958 | -36,51 |
| Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge | 518.002 | 824.913 | 306.911 | 59,25 |
| Körperschaftsteuer | 11.702.607 | 12.046.579 | 343.972 | 2,94 |
| Abgeltungssteuern Schweiz | 1.518 | 33.151 | 31.633 | 0,00 |
| Abgeltungssteuern Liechtenstein | 0 | -198 | -198 | 0,00 |
| Erbschafts- und Schenkungssteuer | 1.770 | 66.843 | 65.073 | 3676,77 |
| Stiftungseingangssteuer | 6.538 | 28.640 | 22.102 | 338,04 |
| Bodenwertabgabe | 188.363 | 181.121 | -7.241 | -3,84 |
| Stabilitätsabgabe | 690.761 | 884.426 | 193.664 | 28,04 |
| Su. Einkommen- und Vermögensteuern | 43.834.534 | 44.448.049 | 613.516 | 1,40 |
| SONSTIGE STEUERN: | | | | |
| Umsatzsteuer *) | 20.575.601 | 20.583.580 | 7.979 | 0,04 |
| Abgabe von alkoholischen Getränken | 33 | 90 | 58 | 177,49 |
| Tabaksteuer | 538.363 | 1.335.625 | 797.262 | 148,09 |
| Biersteuer | 146.090 | 157.001 | 10.911 | 7,47 |
| Mineralölsteuer | 3.232.009 | 3.371.829 | 139.820 | 4,33 |
| Alkoholsteuer | 118.484 | 83.353 | -35.132 | -29,65 |
| Schaumweinsteuer | 3.233 | 7.313 | 4.080 | 126,22 |
| Kapitalverkehrssteuern | 23.218 | 21.032 | -2.187 | -9,42 |
| Werbeabgabe | 448.462 | 341.434 | -107.028 | -23,87 |
| Energieabgabe | 860.401 | 392.120 | -468.282 | -54,43 |
| Normverbrauchsabgabe | 404.083 | 401.996 | -2.087 | -0,52 |
| Flugabgabe | 76.402 | 80.051 | 3.649 | 4,78 |
| Grunderwerbsteuer | 6.663.289 | 9.248.690 | 2.585.400 | 38,80 |
| Versicherungssteuer | 780.033 | 785.522 | 5.489 | 0,70 |
| Motorbezogene Versicherungssteuer | 1.826.925 | 1.551.009 | -275.916 | -15,10 |
| KFZ-Steuer | 79.607 | 78.288 | -1.320 | -1,66 |
| Konzessionsabgabe | 131.638 | 154.650 | 23.012 | 17,48 |
| rechnungsmäßig Ertragsanteile | 35.907.872 | 38.593.581 | 2.685.709 | 7,48 |
| abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld | 879.083 | 879.083 | 0 | 0,00 |
| Summe sonstige Steuern | 35.028.789 | 37.714.498 | 2.685.709 | 7,67 |
| Kunstförderungsbeitrag | 0 | 0 | 0 | 0,00 |
| Summe Ertragsanteile der Gemeinden *) | 78.628.713 | 81.928.770 | 3.300.057 | 4,20 |
| *) davon: | | | | |
| Getränkesteuerausgleich | 5.478.371 | 5.474.115 | -4.256 | -0,08 |
| Werbesteuerausgleich | 71.908 | 54.659 | -17.250 | -23,99 |
| Werbeabgabe nach der Volkszahl | 376.553 | 286.775 | -89.778 | -23,84 |
| Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft | 250.835 | 250.835 | 0 | 0,00 |
| *) Überweisungsbetrag = Summe EA abzüglich Finanzierungsanteil für Finanzkraftstärkung (§ 11 Abs. 1 FAG) | 234.609 | 233.777 | -832 | -0,35 |

31.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juli 2015

| Ertragsanteile an | Jänner - Juli | | Änderung | |
|---|--------------------|--------------------|-------------------|-------------|
| | 2014 | 2015 | in Euro | in % |
| EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN: | | | | |
| Veranlagter Einkommensteuer | 20.119.599 | 20.906.975 | 787.377 | 3,91 |
| Lohnsteuer | 140.913.893 | 146.127.865 | 5.213.973 | 3,70 |
| Kapitalertragsteuer | 8.016.519 | 10.615.468 | 2.598.949 | 32,42 |
| Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge | 4.010.778 | 4.872.600 | 861.822 | 21,49 |
| Körperschaftsteuer | 37.403.060 | 38.855.880 | 1.452.820 | 3,88 |
| Abgeltungssteuern Schweiz | 687.928 | 33.786 | -654.143 | -95,09 |
| Abgeltungssteuern Liechtenstein | 0 | 77.727 | 77.727 | 100,00 |
| Erbschafts- und Schenkungssteuer | 95.101 | 89.284 | -5.816 | -6,12 |
| Stiftungseingangssteuer | 36.304 | 614.489 | 578.185 | 1592,64 |
| Bodenwertabgabe | 442.809 | 456.807 | 13.998 | 3,16 |
| Stabilitätsabgabe | 2.694.356 | 2.308.747 | -385.609 | -14,31 |
| Su. Einkommen- und Vermögensteuern | 214.420.346 | 224.959.628 | 10.539.282 | 4,92 |
| SONSTIGE STEUERN: | | | | |
| Umsatzsteuer *) | 140.193.918 | 142.330.242 | 2.136.324 | 1,52 |
| Abgabe von alkoholischen Getränken | 159 | 286 | 126 | 79,44 |
| Tabaksteuer | 8.448.280 | 9.518.333 | 1.070.053 | 12,67 |
| Biersteuer | 919.624 | 921.656 | 2.032 | 0,22 |
| Mineralölsteuer | 21.118.834 | 21.411.036 | 292.202 | 1,38 |
| Alkoholsteuer | 1.385.959 | 583.636 | -802.322 | -57,89 |
| Schaumweinsteuer | 8.771 | 99.452 | 90.681 | 1033,92 |
| Kapitalverkehrsteuern | 602.416 | 314.026 | -288.390 | -47,87 |
| Werbeabgabe | 2.411.935 | 2.306.792 | -105.143 | -4,36 |
| Energieabgabe | 5.382.210 | 4.909.790 | -472.420 | -8,78 |
| Normverbrauchsabgabe | 2.478.892 | 2.112.011 | -366.880 | -14,80 |
| Flugabgabe | 520.673 | 546.760 | 26.088 | 5,01 |
| Grunderwerbsteuer | 50.386.811 | 57.625.750 | 7.238.939 | 14,37 |
| Versicherungssteuer | 6.299.720 | 6.553.758 | 254.038 | 4,03 |
| Motorbezogene Versicherungssteuer | 9.488.953 | 10.555.433 | 1.066.480 | 11,24 |
| KFZ-Steuer | 274.485 | 247.465 | -27.020 | -9,84 |
| Konzessionsabgabe | 1.287.128 | 1.415.137 | 128.009 | 9,95 |
| rechnungsmäßig Ertragsanteile | 251.208.767 | 261.451.562 | 10.242.794 | 4,08 |
| abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld | 6.153.583 | 6.153.583 | 0 | 0,00 |
| Summe sonstige Steuern | 245.055.184 | 255.297.978 | 10.242.794 | 4,18 |
| Kunstförderungsbeitrag | 84.708 | 85.382 | 674 | 0,80 |
| Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung | 459.325.629 | 480.109.212 | 20.783.582 | 4,52 |
| Zwischenabrechnung | 1.148.232 | -1.970.055 | -3.118.287 | -271,57 |
| Ertragsanteile gesamt | 460.473.861 | 478.139.157 | 17.665.295 | 3,84 |
| *) davon: | | | | |
| Getränkesteuerausgleich | 37.679.970 | 38.364.924 | 684.953 | 1,82 |
| Getränkesteuerausgleich ZWA | 118.400 | 546.530 | 428.130 | 361,60 |
| Summe Getränkesteuerausgleich | 37.798.370 | 38.911.454 | 1.113.083 | 2,94 |
| Werbesteuerausgleich | 386.741 | 369.285 | -17.456 | -4,51 |
| Werbeabgabe nach der Volkszahl | 2.025.194 | 1.937.507 | -87.687 | -4,33 |
| Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft | 1.755.845 | 1.755.845 | 0 | 0,00 |

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR MAI 2015

(vorläufiges Ergebnis)

| | April 2015 (endgültig) | Mai 2015 (vorläufig) |
|---|---------------------------|-------------------------|
| Index der Verbraucherpreise 2010 | | |
| Basis: Durchschnitt 2010 = 100 | 110,8 | 111,1 |
| Index der Verbraucherpreise 2005 | | |
| Basis: Durchschnitt 2005 = 100 | 121,3 | 121,7 |
| Index der Verbraucherpreise 2000 | | |
| Basis: Durchschnitt 2000 = 100 | 134,2 | 134,5 |
| Index der Verbraucherpreise 96 | | |
| Basis: Durchschnitt 1996 = 100 | 141,2 | 141,5 |
| Index der Verbraucherpreise 86 | | |
| Basis: Durchschnitt 1986 = 100 | 184,6 | 185,1 |
| Index der Verbraucherpreise 76 | | |
| Basis: Durchschnitt 1976 = 100 | 287,0 | 287,7 |
| Index der Verbraucherpreise 66 | | |
| Basis: Durchschnitt 1966 = 100 | 503,6 | 504,9 |
| Index der Verbraucherpreise I | | |
| Basis: Durchschnitt 1958 = 100 | 641,6 | 643,4 |
| Index der Verbraucherpreise II | | |
| Basis: Durchschnitt 1958 = 100 | 643,7 | 645,5 |

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat Mai 2015 beträgt 111,1 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für April 2015 um 0,3% gestiegen (April 2015 gegenüber März 2015: + 0,1%). Gegenüber Mai 2014 ergibt sich eine Steigerung um 1,0% (April 2015/2014: +1,0%).

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck